»Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen« Gemeinderätinnen in der Weimarer Republik

Im Winter 1918/1919 herrschte im schwäbischen Oberland – wie überall in Deutschland – Wahlkampfstimmung. Die turbulente Novemberrevolution hatte nicht nur die Abschaffung der Monarchie und die Einführung eines parlamentarischen Systems bewirkt, unter dem Druck der revolutionären Ereignisse erfolgte auch die Einführung des Frauenwahlrechts. Die Verkündung des »gleichen, geheimen, direkten allgemeinen Wahlrechts [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen« am 12. November 1918 durch den Rat der Volksbeauftragten war die Geburtsstunde des Wahlrechts für Frauen.

Die Schriftstellerin und frühe Theoretikerin der Frauenbewegung, Hedwig Dohm, hatte 1873 als erste deutsche Frau öffentlich das Stimmrecht für Frauen gefordert. Zu einer größeren Bewegung für das Frauenwahlrecht kam es jedoch erst um die Jahrhundertwende. 1902 gründeten Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann in Hamburg den »Deutschen Verein für Frauenstimmrecht«. Sie knüpften damit an Forderungen englischer und amerikanischer Frauen an, in deren Bewegungen die Wahlrechtsfrage eine zentrale Rolle spielte.

In Deutschland hingegen sahen die Verhältnisse etwas anders aus. Innerhalb der Frauenbewegung war die Bedeutung des Wahlrechts für die Emanzipation der Frau umstritten: Die aktiven Stimmrechtlerinnen hofften, mit dem Wahlrecht die Voraussetzung und das Fundament für eine Veränderung der patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse zu schaffen. Die gemäßigtere Frauenbewegung dagegen verfolgte vorrangig das Ziel, die kulturellen und sozialen Leistungen von Frauen im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. Durch die gewissenhafte Erfüllung von Pflichten sollte der Männerwelt bewiesen werden, daß Frauen auch »würdig« seien, politische Rechte auszuüben.

Doch in dieser Einschätzung wurde die bürgerliche Frauenbewegung gründlich enttäuscht. Auch nach vier Jahren Krieg, in denen die Frauen sehr wohl ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt hatten, stießen sie in der Stimmrechtsfrage auf massiven Widerstand der Männer: Noch im August 1918 stimmte der Reichstag gegen die Einführung des Frauenwahlrechts. Lediglich die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, SPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), votierten dafür.

Wiederholt sprachen sich auch die württembergische Staatsregierung und die Landstände gegen das Frauenstimmrecht aus. 1917 lehnte die Staatsregierung politische Rechte für Frauen mit der Begründung ab, daß »die Frauen in ihrer übergroßen Zahl die politische Betätigung nicht wünschten«.[1] Die Zentrumspartei stellte sich auf den Standpunkt, »daß die Frau als Mutter bei der Erziehung ihrer Kinder ein

Grosse Frauenversammlung

findet am Sonntag, den 5. Januar im „Waldhornsaale" statt

in der

Frau Laura Schradin-Reutlingen

sprechen wird.

Thema:

„Die deutsche Frau, die Freieste der Freien."

Hiezu sind alle Frauen und Mädchen ohne Unterschied des Standes freundlichst eingeladen.

Anfang 5 Uhr. Freie Aussprache. Anfang 5 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein Ravensburg.

Alle Parteien hielten eigene Frauenversammlungen ab. Die Reutlingerin Laura Schradin war seit 1897 aktiv in der SPD. Oberschwäb. Volkszeitung, 4. 1. 1919.

weit besseres, praktischeres und nützlicheres Arbeitsfeld habe, als auf dem Gebiet der Politik.«

Dabei traten die württembergischen Frauenvereine in ihren Forderungen sehr bescheiden auf. In einer Eingabe[2] vom 8. März 1918 (dem mit dem Kampf ums Frauenwahlrecht eng verknüpften Internationalen Frauentag) konzentrierten sie sich auf die »Verleihung des Gemeindewahlrechts« und die politische Mitwirkung von Frauen in Bereichen, die ihren »spezifischen Lebenskreis« berührten: Frauenarbeit, Volksernährung, Wohnungspolitik, Jugendfürsorge, Schule, Gesundheitspflege und Bevölkerungspolitik. Die Eingabe der Vereine blieb folgenlos. Sie wurde im staatsrechtlichen Ausschuß erst gar ni weiter behandelt, nachdem dort zuvor Gefahren der politischen Gleichberecl gung von Frau und Mann für die Ehe, Familie und den Staat beschworen worc waren.

Mit dem aktiven und passiven Frau wahlrecht wurden diese Diskussionen doch hinfällig: Der Run auf das weibli Wählerpotential begann; in Deutschla gab es nach dem Ersten Weltkrieg ü zwei Millionen mehr Wählerinnen Wähler. In drei kurz aufeinanderfolgenc Wahlen – zur württembergischen verf sunggebenden Landesversammlung 12. Januar, zur deutschen Nationalv sammlung am 19. Januar und zum Rave

burger Gemeinderat im Mai 1919 – galt es, die Stimmen von Frauen für die eigene Partei zu gewinnen. Nicht nur die SPD, die die Forderung nach einem Frauenwahlrecht bereits 1891 in ihrem Erfurter Programm verankert hatte, sondern auch die bürgerlichen und konservativen Parteien präsentierten sich in ihren Wahlaufrufen als Interessensvertreterinnen von Frauen.

In Ravensburg hielten die größeren Parteien mehrere Frauen-Versammlungen ab, in denen sie über das Wahlrecht aufklärten. In ihren Wahlreden und Flugblättern betonten sie nun die Bedeutung der Frauen für die Politik und umgekehrt. Die erfolgreichste Frauenpolitik in Ravensburg betrieb das Zentrum, das sich noch 1918 gegen die Mitwirkung von Frauen in der Politik ausgesprochen hatte. Tatkräftige Unterstützung fand diese Partei bei den katholischen Frauenvereinen. Besonders aktiv war der Katholische Frauenbund (KFB), der im Dezember und Januar in der Stadt und in der Umgebung zahlreiche Wahlveranstaltungen durchführte und über die Grundzüge der neuen Verfassung, das Wahlrecht und den Aufbau des neuen Staates informierte.

Die größte Frauen-Wahlversammlung Ravensburgs, vom Zentrum organisiert, fand am Dreikönigstag 1919 im Konzerthaus statt. Der KFB hatte sich um Rednerinnen bemüht: Als Vertreterin der katholischen Frauenvereine sprach Anna Ettle, Aktivistin des Vereins katholischer Gehilfinnen und Beamtinnen »Welfia« und Leiterin der weiblichen Abteilung des städtischen Arbeitsamtes. Von auswärts hatten die Frauen Agnes Schultheiß aus Ulm eingeladen, die dortige Gründerin einer Ortsgruppe des KFB. Als Hauptredner trat dann doch ein Mann, Professor Baur aus Tübingen, auf, der anstelle des verhinderten Weihbischofs Dr. Joannes Baptista Sproll aus Rottenburg sprach. In allen drei Reden wurde an die Frauen appelliert, mit ihrer Stimme den Aufbau einer christlichen Demokratie zu unterstützen. Als »Trägerinnen von christlicher Zucht und Ordnung« seien gerade die Frauen berufen, der »Entchristlichung des Staates« und der Gefährdung der sittlichen und sozialen Ordnung durch die Novemberrevolution wirksam entgegenzutreten.[3]

Sozialistische oder konfessionsunabhängige Parteien konnten dagegen nicht mit viel Unterstützung aus organisierten Frauenvereinen rechnen. In der Weimarer Republik existierte hier zwar eine SPD-Frauengruppe, geleitet von Charlotte Beese, über ihre Gründung und die Anzahl ihrer Mitglieder ließ sich jedoch nichts genaueres in Erfahrung bringen. Aktivitäten und Aktionen aus dem sozialistischen Lager wurden von den beiden bürgerlich-konservativen Zeitungen in Ravensburg ebenso ignoriert wie Ansätze zur Diskussion über Ideen des radikalen Teils der bürgerlichen oder auch der proletarischen Frauenbewegung. Aus einem Flugblatt im Stadtarchiv ist beispielsweise ersichtlich, daß die bekannteste Vertreterin der proletarischen Frauenbewegung, Clara Zetkin, auf Einladung der KPD im Juni 1919 im Konzerthaus sprach. Von beiden Zeitungen wird dies mit keinem Wort erwähnt.

Mit einem Flugblatt machte die KPD auf den Besuch von Clara Zetkin aufmerksam, die im Jahr bis zu 300 Vorträge hielt. Sie war die bekannteste Vertreterin der proletarischen Frauenbewegung.

An die arbeitenden Klassen!

Am Freitag, den 6. Juni 1919, abends 7½ Uhr findet im Konzerthause eine

große öffentliche Volksversammlung

statt. Sprechen wird das Mitglied der Landesversammlung

Referentin:

Klara Zetkin

Thema:

„Das Proletariat eine Friedensmacht."

Freie Diskussion!

Arbeiter! Niemand fehle, erscheint in Massen zur Versammlung. Beweist aufs neue, daß Ihr Euch nicht einlullen laßt von Euern Todfeinden „Kapital und Klerus". Genossen heraus! Eure Zukunft ist die Gegenwart. Deshalb noch einmal: „Hinein in die Versammlung!"

Klara Zetkin wollen wir hören.

Einberufer: **Kommunistische Partei Deutschlands.**

Gemeinderätinnen

Die Dominanz der katholischen Frauenbewegung schlägt sich auch im Wahlergebnis zu den ersten wirklich gleichen und allgemeinen Gemeinderatswahlen am 18. Mai 1919 nieder. Sechs Parteien hatten Wahlvorschläge eingereicht. Alle bemühten sich, den Ravensburger Wählerinnen zumindest eine Frau auf ihrer Liste zu präsentieren. Für das Zentrum, das mit insgesamt 20 Kandidaturen antrat, waren dies: Maria Seeger (Gipsermeistersehefrau), Anna Ettle (Leiterin der weiblichen Abteilung des städtischen Arbeitsamtes), Sophie Blaser (Landwirtin in Hinzistobel) und Rosalie Bauer (Bankiersehefrau); die Christlich organisierte Arbeiterschaft stellte drei Frauen (von 15 Kandidaturen): Anna Lipp (Arbeitslehrerin), Josefine Stahl (Verweberin) und Lina Denzel (Näherin); für die Württembergische Bürgerpartei trat Julie Frisch an (Lehrerin der Mädchenrealschule und Vorsitzende des Evangelischen Frauenbundes), für die Deutsche Demokratische Partei Maria Sommer. Für die SPD kandidierte die Hausfrau Toni Bartsch zusammen mit zehn weiteren Genossen. Erstaunlicherweise stellte die USPD als einzige Partei in Ravensburg eine reine Männerliste auf.

Den Sprung ins 28köpfige Kommunalparlament schafften 1919 neben 26 Männern jedoch nur zwei Frauen: Anna Lipp für die Christlich organisierte Arbeiterschaft und Maria Seeger für das Zentrum.

Ab 1922, dem Jahr der ersten Ergänzungswahlen zum Gemeinderat, war der Ravensburger Gemeinderat wieder eine reine Männerdomäne. Die Gemeinderatswahllisten der zwanziger Jahre stellen sich nach den anfänglichen Bemühungen um weibliche Repräsentanz wieder fast ausschließlich als Männerlisten dar. Nur noch zwei Frauen, Luise Salenbauch (1925–1929) und Maria Schmitt (1928–1933), gelang es, für das Zentrum in den Gemeinderat gewählt zu werden.

Über die ersten vier Gemeinderätinnen der Stadt Ravensburg, die alle aus der katholischen Frauenbewegung kamen, war trotz eines Aufrufs in der Zeitung,[4] in dem das Projekt »Frauengeschichte« um Mithilfe und Biographisches bat, wenig in Erfahrung zu bringen: Anna Lipp, geboren am 5. November 1870, ist vielen älteren Ravensburgerinnen noch als Handarbeitslehrerin an der katholischen Volksschule in Erinnerung. Von einer ehemaligen Schülerin wird sie als klein, zierlich und sehr energisch beschrieben. Anna Lipp engagierte sich vor allem im katholischen Arbeiterinnen- und Dienstmädchenverein, dessen Vorsitzende sie von 1916–1926 war, zudem war sie 1917 Gründungsmitglied der Ortsgruppe des Katholischen Frauenbundes.

Luise Salenbauch setzte sich hauptsächlich für sozial Schwache ein. Außerdem war sie langjährige Vorsitzende des KFB.[5] Aus einer katholischen Lehrerfamilie stammend, zog die 1874 geborene Obermarchtalerin mit ihrer Familie 1911 nach Ravensburg. Hier versorgte sie den elterlichen Haushalt. 1914 war sie Gründungsmitglied der Marianischen Jungfrauen-Kongregation. Als Gemeinderätin engagierte sie sich im Schul- und Ortsfürsorgeausschuß.

Welche Erwartungen an Luise Salenbauch als Gemeinderätin gestellt wurden und wie sehr sie in ihrer selbstlosen und aufopfernden Tätigkeit dem damaligen

Frauenbild entsprach, ist aus der Gedenkrede des damaligen Oberbürgermeisters Hans Mantz aus Anlaß ihres Todes zu entnehmen: »Fräulein Salenbauch war sich vom ersten Tag an darüber klar, daß es nicht der Beruf der Frau ist, in öffentlichen Sitzungen und Verhandlungen stark hervorzutreten: Das Arbeitsfeld der Frau in der Gemeindeverwaltung ist vornehmlich die Sorge für die Jugend und die Liebestätigkeit überall da, wo es Not und Elend zu lindern gilt. Tränen zu trocknen, in christlicher Nächstenliebe und werktätiger Barmherzigkeit denen zu dienen und Gutes zu tun, die der leiblichen und seelischen Hilfe am meisten bedürfen, das erkannte Fräulein Salenbauch als ihre erste und oberste Aufgabe.«[6] Als »Mutter der Armen« und »Seele der katholischen Caritas«[7] wurde die vermutlich bedeutendste der vier Gemeinderätinnen in Ravensburg verehrt.

Auffällig ist die Selbstbeschränkung der ersten Gemeinderätinnen auf dezidiert familien- und frauenpolitische Belange und auch, daß sie alle als Sprecherinnen ihrer Frauenorganisationen weitaus wirksamer in Erscheinung traten, denn in der männlich geprägten Gemeinderatspolitik.

Frauenlisten?

Heute ist klar, daß in der Weimarer Republik die früheren Gegner des Frauenstimmrechts, nämlich die bürgerlichen und konservativen Parteien, vom Frauenwahlrecht profitierten. Zwar liegt für die gesamte Zeit der Weimarer Republik keine nach Geschlechtern differenzierte Wahlstatistik vor, doch bevorzugten Frauen in der Regel Parteien, »die sich dezidiert als Sachverwalter christlicher Politik verstanden und ihre Verankerung in kirchlichen Traditionen und Strukturen besonders vor Wahlen gebührend hervorhoben.«[8] Weitaus weniger als Männer wählten Frauen radikale Flügelparteien.

An der Vormachtstellung von Männern in Familie, Beruf und Politik in der Weimarer Republik änderte die formale politische Gleichberechtigung nur wenig. Die Unterschiede zwischen formaler und realer Gleichberechtigung blieben bestehen, wie dies beispielsweise die lokale Umsetzung der Demobilmachungsverordnung[9] oder auch die Doppelverdienerkampagne – die sich natürlich gegen Frauen richtete – in der Weltwirtschaftskrise zeigen.

Eine, die große Hoffnungen in das Wahlrecht von Frauen gesetzt hatte, der politischen Mitwirkung von Frauen in den bestehenden Parteien jedoch ablehnend gegenüberstand, war Lida Gustava Heymann, die Gründerin des Vereins für Stimmrecht. Kritisch betrachtete sie, wie aktive Frauen der Frauenbewegung für Parteiinteressen »ausgebeutet« wurden. In ihren Erinnerungen schrieb sie: Die »Gleichberechtigung der Frauen [...] stand in der Verfassung, war auf dem Papier vorhanden, das war aber auch alles. Die Wirtschaft, die Finanzen, Verwaltung, der gesamte Staatsapparat, der bei Revolutionen und Umwälzungen ausschlaggebender Faktor ist, befanden sich ausschließlich in den Händen der Männer. Nicht einmal bei den Wahlen hatten Frauen die gleiche Möglichkeit freier Auswirkung wie die Männer, denn diese allein beherrschten wiederum den Parteiapparat sowie die Parteikassen und damit die Propaganda.«[10]

24 Gemeinderätinnen in über 70 Jahren Frauenwahlrecht

In über 70 Jahren Frauenwahlrecht stieg der Anteil von Frauen in den Parlamenten lange Zeit nur unwesentlich. Erst seit den achtziger Jahren zeichnet sich eine stärkere Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien ab. Mit sechs weiblichen von insgesamt 37 Gemeinderäten – jeweils zwei bei CDU, SPD und Die Grünen – liegt der Frauenanteil im Ravensburger Rathaus derzeit bei 16 Prozent.

Die Gründe für die geringe Anzahl von Frauen in Parteien und politischen Gremien sind sicherlich nicht vorrangig in einem geringeren Interesse an politischen Themen oder mangelnder politischer Schulung zu suchen.

Noch immer hemmt die gesellschaftliche »Übervorteilung« von Frauen im Haushalt und in der Familienerziehung ihre beruflichen und politischen Karrieren. Die Mehrfachbelastung zwingt zur Kräftekonzentration. Zudem sind die Strukturen, innerhalb derer Frauen sich politisch oder parteiintern zu verhalten haben, weder von noch für Frauen erstellt.

Es waren bislang immer nur einzelne Frauen, die die Rathauspolitik aktiv mitgestaltet haben: Anna Lipp, Christlich organisierte Arbeiterschaft (1919 bis 1922), Maria Seeger, Zentrum (1919 bis 1922), Luise Salenbauch, Zentrum (1925 bis 1929), Maria Schmitt, Zentrum (1928 bis 1933), Mathilde Bittner, CDU (1948 bis 1951), Toni Rauscher, CDU (1953 bis 1975), Irma Fischer, CAA (1956 bis 1967), Elisabeth Nuffer, FDP (1959 bis 1965), Liesel Stadler, CAA (1959 bis 1971), Gisela Lind, SPD (1966 bis 1971), Eleonore Sandow, SPD (1968 bis 1975), Maria Ballarin, SPD (1971 bis 1984), Elisabeth Erlewein, CDU (1973 bis 1975), Gertrud Jetter, CDU (1975 bis 1980), Margarethe Keddig, SPD (1975 bis 1984), Elisabeth Vetter, CDU (seit 1975), Ruth Lichti, SPD (1980 bis 1981), Edith Gerndt, Die Grünen (1984 bis 1989), Gisela Müller, SPD (seit 1984), Klara Engl-Rezbach, Die Grünen (seit 1989), Inge Mauch-Frohn, CDU (seit 1989), Änne Stacheder, Die Grünen (1989 bis 1992), und zuletzt als Nachrückerinnen Erika von Szczepanski, SPD (seit 1990), und Christel Michel, Die Grünen (seit 1992).

»Jüngeres Fräulein aus achtbarer Familie für Kontorarbeit gesucht« Die »neue Frau« in den zwanziger Jahren

»Wer die Vermännlichung weiter Kreise unserer heutigen weiblichen Jugend sieht, gekennzeichnet durch Zigarette, Spazierstock, Bubikopf und, was schlimmer ist, wer den mondänen Zug beachtet, der sich in der heutigen weiblichen Kleidermode ausprägt, wer die koketten, herausfordernden jungen Damen sich vergegenwärtigt [...], der mag sich wohl mit ernster Sorge die Frage vorlegen, was für Mütter das einmal werden mögen«.[1]

Die »herausfordernden jungen Damen« der zwanziger Jahre boten immer wieder Anlaß zu Diskussionen und Polemiken. Empörung über unanständige Tänze (1921), Belustigung über den Bubikopf (1926), Warnungen vor Erfrierungen an den bloßgelegten Knöcheln und Waden durch kniekurze Röcke – die Redakteure der Ravensburger Lokalzeitung wurden nicht müde, in Kommentaren, Glossen und Pamphleten das Phänomen der sogenannten »neuen Frau« zu thematisieren.

Wer war diese »neue Frau«, die sich anscheinend so radikal von ihrer »Schwester« der Vorkriegszeit unterschied? Warum beunruhigte sie die Gemüter?

Der Typus der »neuen Frau« vereinigte in sich alle Attribute, die das moderne Industriezeitalter des 20. Jahrhunderts von der handwerklich-landwirtschaftlich geprägten, der »vormodernen« Zeit unterschied: Er symbolisierte »die moderne Fortschrittlichkeit der Republik, ihre Urbanität u Technikbegeisterung, ihre Sachlichkeit u ihr demokratisches Profil.«[2] Diese Verk perung der Moderne war jung, ledig u sachlich. Sie wohnte alleine, trieb Sp verbrachte ihre Freizeit im Kino und Tanzlokal, trug Kleider bis zum Knie, ha die Haare zum Bubikopf geschnitten u rauchte in der Öffentlichkeit Zigarette kurz, sie war selbstbewußt und emar piert. Vor allem war sie erwerbstätig.

Die Berufstätigkeit von Frauen v nicht neu – in Land- und Hauswirtsch sowie in Gewerbe und Industrie waren schon immer erwerbstätig gewesen. I besondere Aufmerksamkeit galt der Tat che, daß jetzt auch Töchter aus bürge chen Familien bis zu ihrer Heirat verme außerhalb des Hauses arbeiteten.

Als Erwerbsmöglichkeiten boten s die entstehenden Angestelltenberufe Verkauf und Büro mit ihrem ungeheu Arbeitskräftebedarf an.

Vom Handlungsgehilfen zur Sekretärin

Der Beruf des (männlichen) Handlungs hilfen hatte sich im Zuge der wirtschaf chen Entwicklungen im ausgehenden Jahrhundert immer mehr aufgefäche Noch um 1840 konnte beispielsweise in nem Lebensmittelgeschäft ein Handlun gehilfe (Commis) den Ein- und Verka